

SPD

BERND WESTPHAL

ENGAGIERT. KOMPETENT. BÜRGERNAH.

NEWSLETTER

JANUAR

2020





Die SPD-Bundestagsfraktion, welcher ich angehöre, setzt im Januar folgende Schwerpunkte:

Grundrente



Frauen und Männer, die trotz eines langen Arbeitslebens nur wenig Rente haben, werden künftig spürbar mehr in der Tasche haben. Die Grundrente wird kommen. Wer Jahrzehnte lang in die Rentenkasse eingezahlt hat, wird im Alter besser dastehen. Auch Jahre, in denen die eigenen Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt wurden, werden für die Grundrente berücksichtigt. Das ist eine Frage des Respekts. Wir stehen zur Grundrente! Jetzt werden wir sehen, ob die Union ihre Bekenntnisse zur Einführung einer Grundrente ehrlich meint und sich konstruktiv an Lösungen beteiligt. Wir wollen die Grundrente nun zügig ins Kabinett bringen und umsetzen.

Spielraum für Investitionen



Der Bundeshaushalt 2019 schließt mit einem Haushaltsüberschuss von rund 13,5 Milliarden ab. Dies zeigt: Die Steuereinnahmen fließen, die Wirtschaft wächst weiter und der Bund wirtschaftet solide. Das ist auch das Ergebnis erfolgreicher sozialdemokratischer Haushaltspolitik. Darum werden wir den Dreiklang unserer sozialdemokratischen Investitions- und Haushaltspolitik in den nächsten Jahren fortsetzen: Investitionen in Zukunftsthemen wie Digitales und Klimaschutz, eine sozial gerechte Politik für alle Generationen und vernünftiges Haushalten.

Erneuerbare Energien ausbauen



Damit wir unsere Klimaziele erreichen und unsere Wirtschaft und die Arbeitsplätze zukunftsfähig machen, wollen wir dieses Jahrzehnt zu einem der erneuerbaren Energie machen. Wenn wir zusammenhalten, schaffen wir 65 Prozent erneuerbare Energien bis 2030! Das wird allerdings nur gelingen, wenn wir Windenergie an Land und Solarenergie stärker nutzen. Dabei wissen wir: Ans Ziel kommen wir nur gemeinsam. Deshalb wollen wir die Menschen und die Kommunen an den Erträgen von Windkraftanlagen in ihrer unmittelbaren Nähe beteiligen ob über Bürgerwindparks, kommunale Genossenschaften oder günstigeren Strom für die Anwohnerinnen und Anwohner.

Brexit



Am 31. Januar 2020 hat das Vereinigte Königreich die EU verlassen. Wir setzen alles daran, unsere Freundschaft und unsere kulturelle und wirtschaftliche Verbundenheit zu pflegen und zu festigen. Darauf kommt es auch an, wenn ein neues Partnerschaftsabkommen nach dem Brexit bis Ende dieses Jahres entwickelt und beschlossen wird. Klar ist aber auch: Die EU muss dabei ihre Interessen entschieden und geeint gegenüber Großbritannien vertreten und faire Wettbewerbsbedingungen als Leitgedanken für die künftigen Handelsbeziehungen verankern und durchsetzen.



In meinen Sitzungswochen setze ich um, was ich im Wahlkampf versprochen habe. Gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion engagieren wir uns für ein solidarisches Land ein und kümmern uns um die Belange der Menschen. Um dir ein kurzes Update zu geben, findest du hier in Kürze, was im Januar im Bundestag debattiert worden ist.

Diese Themen wurden im Januar Plenum diskutiert:

Organspende: Bundestag hält an bisheriger Zustimmungsregelung fest

Die Zahl der Organspender in Deutschland soll mit regelmäßigen Abfragen und der Einrichtung eines Onlineregisters gesteigert werden. Der Bundestag hat am Donnerstag mit 432 von 669 abgegebenen Stimmen für einen Entwurf einer Abgeordnetengruppe votiert, der vorsieht, dass Bürger künftig stärker sensibilisiert werden und ihre Spendenbereitschaft in einem Online-Register festhalten können. Abgelehnt wurde der Vorschlag einer Widerspruchsregelung, nach der jeder Bürger Organspender geworden wäre, wenn er dem nicht zuvor widersprochen hat.

Versuchsstrafbarkeit des Cybergroomings

Die Koalition will mit einem neuen Gesetz Kinder und Jugendliche im Internet besser schützen. Täter können dann noch effektiver verfolgt werden, wenn sie mit dem Ziel im Netz unterwegs sind, sexuellen Missbrauch oder die Herstellung von Kinderpornografie anzubahnen. Künftig soll es auch strafbar sein, wenn die Täter nur glauben, mit einem Kind zu kommunizieren – tatsächlich aber mit verdeckten Ermittlern oder den Eltern Kontakt haben.

Einführung einer Wohnungslosenstatistik

Ein neues Gesetz sieht vor, erstmals 2022 eine genaue Statistik darüber zu erfassen, wie viele Menschen in Deutschland ohne Wohnung und dementsprechend in Notunterkünften der Städte und Gemeinden untergebracht sind. Die Statistik soll dazu beitragen, um vor Ort passende Maßnahmen und Präventionsprogramme auf den Weg zu bringen, die Wohnungs- und Obdachlosigkeit vermeiden.

Parlament gedenkt der Opfer des Nationalsozialismus

Zum 75. Jahrestag der Befreiung des deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz gedankte der Deutsche Bundestag am 27.01.2020 den Opfern des Nationalsozialismus. Neben dem Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble sprachen auch Israels Präsident Reuven Rivlin sowie unser Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Besonders herzergreifend war, dass Opfer der NS-Verbrechen der Gedenkstunde beiwohnten. „Die Lehre aus der deutschen Geschichte müssen zum Selbstverständnis aller Deutschen gehören. Diese Verantwortung tragen wir alle“, so Steinmeier. Auch heute müssen wir entschieden gegen Hass und Hetze sowie Rassismus und Antisemitismus kämpfen, damit sich ein solches schreckliches Geschehen nicht erneut abspielen kann. Dies gehörte und gehört fortan zur DNA der SPD. „Wir vergessen nicht, was geschehen ist – und wir vergessen auch nicht, was geschehen kann“, fügte Steinmeier hinzu.

Stärkere Infrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs

Der Bund stockt seine Milliarden-Zuschüsse für den Regionalverkehr mit Bussen und Bahnen in ganz Deutschland weiter auf.

Der Bundestag beschloss am Donnerstag ein entsprechendes Gesetz. Demnach bekommen die Länder von diesem Jahr an bis 2031 insgesamt 5,25 Milliarden Euro zusätzlich, um Bus- und Zuglinien bei Verkehrsanbietern zu bestellen.

Zuvor hatte das Parlament bereits ein Gesetz beschlossen, von dem ebenfalls der Personennahverkehr profitieren soll - bei Investitionen in Strecken und Stationen von U-Bahnen und Straßenbahnen. Demnach sollen Fördermittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz für dieses Jahr auf 665 Millionen Euro verdoppelt werden. Ab 2021 sind eine Milliarde Euro pro Jahr vorgesehen, ab 2025 sollen es dann im Rahmen des Klimaschutzpakets der Bundesregierung jährlich zwei Milliarden Euro sein.

Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung im Verkehrsbereich

Beim so genannten Planungsbeschleunigungsgesetz geht es unter anderem um die Verschlinkung der Planung für Ersatzneubauten bei Straße und Schiene. Durch die Entlastung der Kommunen von Finanzierungsbeiträgen sollen zudem Investitionen in das Schienennetz beschleunigt werden. Die Koalitionsfraktionen haben zudem mit einem Änderungsantrag die Forderung des Bundesrates aufgegriffen, die Regelungen des Gesetzes auch auf Planungs- und Genehmigungsverfahren für Straßen- und U-Bahnen nach dem Personenbeförderungsgesetz zu übertragen.

Gebäudeenergiegesetz für bessere Energieeffizienz

Im Januar hat das Parlament erstmals einen Gesetzentwurf zur „Vereinheitlichung des Energiesparrechts für Gebäude“ beraten (Drs. 19/16428).

Die Energieeffizienz (also die rationelle Verwendung von Energie) von Gebäuden ist ein wichtiger Baustein, um die Klimaziele in Deutschland zu erreichen. Bis 2050 soll der Gebäudesektor nämlich weitestgehend klimaneutral sein. Zwei wesentliche Bausteine dafür sind: einerseits ein niedriger Energieverbrauch durch guten Wärmeschutz, und andererseits die Nutzung von erneuerbaren Energien, zum Beispiel für das Heizen.

Mit dem Gesetzentwurf sollen das Energiesparrecht für Gebäude vereinfacht und verschiedene Vorgaben neu zusammengefasst werden:

Es führt das Energieeinsparungsgesetz, die Energieeinsparverordnung und das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz in einem neuen Gesetz zusammen. Der Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes hat außerdem zum Ziel, die Anforderungen der EU-Gebäuderichtlinie umzusetzen.

Einrichtung der Engagement- und Ehrenamtsstiftung

Unsere Demokratie ist ohne zivilgesellschaftliches Engagement nicht vorstellbar. Jeder der insgesamt 30 Millionen Menschen leistet für den Zusammenhalt in unserem Land tagtäglich seinen Beitrag – vom individuellen Engagement bis zum Ehrenamt. Besonders auf dem Land sind bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt die tragenden Säulen eines lebendigen und intakten Gemeinwesens.

Die Strukturen vor Ort sind jedoch regional sehr unterschiedlich ausgeprägt – insbesondere in den neuen Bundesländern. Um hier gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, braucht es eine passgenaue Förderung. Gleichzeitig haben sich die Rahmenbedingungen und Formen des bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements in den vergangenen Jahren verändert. Neben den ursprünglichen und gewachsenen Formen des Engagements haben sich neue herausgebildet, etwa im digitalen Bereich.

Ziel eines Gesetzentwurfs der Koalition, der am Donnerstag vom Parlament beschlossen wurde, ist es, das bürgerschaftliche Engagement auch auf Bundesebene zu stärken und zu fördern, vor allem in strukturschwachen und ländlichen Räumen. Zu diesem Zweck soll eine „Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt“ mit Sitz in Neustrelitz errichtet werden (Drs. 19/14336).

Im parlamentarischen Verfahren hat die SPD-Fraktion erreicht, dass die Stiftung nicht nur einen Service- und Beratungsauftrag haben wird, sondern zivilgesellschaftliches Engagement auch konkret finanziell fördern kann. Vorgesehen ist zudem, dass die Stiftung jährlich 30 Millionen Euro aus Bundesmitteln für ihre Arbeit erhält.

Bessere Mindestlöhne für Pflegekräfte

Wer Menschen pflegt, verdient Anerkennung und eine gute Bezahlung. Bessere Löhne, sowohl für Hilfs- als auch für Fachkräfte und ohne Unterschiede zwischen Ost und West – das ist unser Ziel.

Die Pflegekommission folgt nun diesem Weg. Deswegen bekommen Pflegehilfskräfte in Zukunft mindestens 12,55 Euro pro Stunde. Auch für Pflegefachkräfte wird es ab jetzt einen Mindestlohn geben, der bis 2022 auf 13,20 Euro steigt. Ab September 2021 fällt dann auch endgültig die Lohnmauer für Pflegekräfte in Ost- und Westdeutschland. Das ist gerecht und stärkt die menschliche Pflege.



Eine Besuchergruppe aus meinem Wahlkreis Hildesheim war Ende Januar zu Besuch in Berlin. Die Begegnungen mit Bürgerinnen und Bürgern aus meiner Heimat sind immer besonders schöne Erlebnisse in einer Sitzungswoche. Ich konnte der Besuchergruppe das Geschehen im Deutschen Bundestag zeigen und konnte intensive Diskussionen über aktuelle politische Themen führen. Dankeschön, dass ihr da wart.





In meinen Wahlkreiswochen setze ich mich für die Menschen und ihre Belange vor Ort ein und besuche die verschiedensten Vereine, Verbände, Organisationen, Einrichtungen sowie Firmen. Hierbei komme ich im gesamten Landkreis herum und habe einen Querschnitt aus der Gesellschaft im Landkreis Hildesheim, welchen ich für meine Arbeit in Berlin nutzen kann, sodass die Menschen vor Ort in die Prozesse in Berlin einbezogen werden. So geht Demokratie.

Hier erfährst du etwas über einen Teil meiner Wahlkreisbesuche im Januar:

Besuch der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr



Mit Rolf Pfeiffer, Bürgermeister der Stadt Elze, Volker Senftleben, MdL war ich zu einem Gespräch bei dem Präsidenten der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Günter Henkenberens, und seinem Team in Hannover. Es ging um die Ortsumgehungen Mahlerten, Burgstemmen und Elze und die neuen Streckenführungen der B1 und B3.

Besuch der Diakonie Himmelsthür in Sorsum mit Sozialministerin Carola Reimann



Bei meinem Besuch mit der Niedersächsischen Sozialministerin Carola Reimann sowie meinem Kollegen aus dem Landtag, Bernd Lynack, bei der Diakonie in Sorsum, haben wir uns über das Angebot der Einrichtung informiert und über das neue Bundesteilhabegesetz gesprochen.

Besuch des Mehrgenerationenhauses sOfA in Algermissen



In Algermissen habe ich mich im Mehrgenerationenhaus „sOfA“, schöner Ort für Alle getroffen. Bürgermeister Wolfgang Mögerle, die Leiterin Frau Klipp und der Fachbereichsleiter aus dem Rathaus, Sönke Deitlaff stellten mir das Haus und die vielfältigen Angebote vor. Ein wirklich geniales Konzept für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt und Beteiligung. Der Bundestag hat übrigens die

Finanzmittel für diese Einrichtung erhöht.

Besuch der EVI Lichtungen Hildesheim



Im Rahmen der Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas 2025 war ich auf der Eröffnung der EVI Lichtungen in der Andreaskirche in Hildesheim. Über mehrere Tage gab es beeindruckende Kunst von verschiedenen Künstlerinnen und Künstlern aus verschiedenen Ländern im öffentlichen Raum zu sehen, welche an 24 Orten in der Stadt verteilt waren.

Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Ortswehr Moritzberg



Auf der Jahreshauptversammlung endete eine Ära und eine neue beginnt. Zudem gab es Ehrungen, Beförderungen und Neuwahlen. Herzlichen Dank an Thomas von Janikowski für die geleistete Arbeit und Glückwunsch Dominik Wolpers, zur Wahl zum neuen Ortsbrandmeister und Christopher Thompson zum stellvertretenden Ortsbrandmeister.

Gemeinsam mit dem Ortsbürgermeister Erhard Paasch habe ich gratuliert.

Weitere Besuche im Wahlkreis findest du auf meiner Facebookseite!





**TERMINE
AKTUELL**

Hier findest du die wichtigsten Veranstaltungen im Februar 2020.

Weitere Termine/Besuche im Wahlkreis finden selbstverständlich statt und können in meinem Wahlkreisbüro angefragt werden.

Für Termine/Besuche bei dir vor Ort stehe ich gerne zur Verfügung.

Februar 2020:

Samstag, 15. Februar 2020 – „Büroeinweihung Alfeld“ – Tag der offenen Tür

11:00 bis 14:00 Uhr

Bürgerbüro Alfeld

Paulistraße 6, 31061 Alfeld (Leine)

Mittwoch, 26. Februar 2020 – Politischer Aschermittwoch

18:30 bis 20:00 Uhr

Mehrzweckhalle Nordstemmen

Hauptstraße 32, 31171 Nordstemmen



**GEWINN-
SPIEL**

Hast du aufgepasst?

Dann finde die richtige Lösung auf unsere „Frage des Monats“ und nutze deine Chance auf einen „Gewinnpreis des Monats“.

DEIN GEWINN DES MONATS IST:



EIN ESSEN MIT BERND WESTPHAL!

Und so geht's:

1. Newsletter lesen.
2. Frage beantworten.
3. Die richtige Antwort mit deinem Namen, deiner Adresse, deiner Telefonnummer und deinem Geburtstag bis zum 10. Februar 2020 an bernd.westphal.ma03@bundestag.de senden.

Viel Glück!



**WIE HEISST DIE
NIEDERSÄCHSISCHE
SOZIALMINISTERIN?**



Für Fragen und Anregungen stehe ich dir wie immer gerne zur Verfügung.

Du erreichst mich in meinem Büro in Berlin oder in einem meiner Wahlkreisbüros in Hildesheim sowie Alfeld.



Postanschrift: Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Besucheranschrift: Jakob-Kaiser-Haus, Raum 1.424



Telefon: (030) 227-79115
Fax: (030) 227-76117



E-Mail: bernd.westphal@bundestag.de



Anschrift:
Osterstr. 39A, 31134 Hildesheim



Telefon: (05121) 40 85 340
Fax: (05121) 40 85 341



E-Mail: bernd.westphal.ma03@bundestag.de



Anschrift:
Paulistr. 6, 31061 Alfeld



Telefon: (05181) 31 31
Fax: (05181) 25 623



E-Mail: bernd.westphal.ma04@bundestag.de



Aktuelle Informationen findest du auch auf meiner Facebook-Seite sowie meiner Website.



Website:
www.bernd-westphal.de



Facebook:
facebook.com/bestphal

Dein

B. Westphal